

# **Europäisches Prozessrecht**

## **Verfahrensrecht vor dem Gerichtshof der Europäischen Union**

Ein Studienbuch

von

**Dr. Alexander Thiele**

Privatdozent an der Georg-August-Universität Göttingen

2. Auflage 2014



© 2014 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH  
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorefrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

Das vorliegende für die zweite Auflage vollständig überarbeitete und ergänzte Lehrbuch behandelt die Grundlagen des Europäischen Prozessrechts. Es wendet sich weiterhin in erster Linie an Studierende der Rechtswissenschaft, will aber zudem dem Praktiker (Richter, Anwalt, Verwaltungsbeamten) einen schnellen Überblick über diese immer bedeutender werdende Materie ermöglichen. Kaum ein Rechtsgebiet des nationalen Rechts ist mittlerweile frei von europarechtlichen Vorgaben, immer häufiger kommt damit auch die Frage auf, ob und ggf. wie diese (bindenden) Vorgaben vor den europäischen Gerichten geltend gemacht werden können. Kenntnisse des Europäischen Prozessrechts sind damit mittlerweile nicht mehr nur für den Wahlfachkandidaten im Europarecht erforderlich. Um die Verzahnung der europäischen und der nationalen Rechtsebene vollständig zu erfassen, sind Grundkenntnisse des Europäischen Prozessrechts vielmehr in sämtlichen Rechtsgebieten auch und gerade in der Praxis zwingende Voraussetzung. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt daher bei den sowohl für die Ausbildung als auch für die Praxis bedeutendsten Verfahrensarten, insbesondere der Nichtigkeitsklage und dem Vorabentscheidungsverfahren. Daneben findet sich eine allgemeine Einführung in den Aufbau der europäischen Gerichtsbarkeit und in die Auslegungsmethoden des EuGH.

Zu danken habe ich an erster Stelle dem Beck-Verlag, namentlich Herrn *Dr. Johannes Wasmuth* und Frau *Ursula Hasenkopf* für die zu jedem Zeitpunkt angenehme und professionelle Zusammenarbeit. Frau *Dr. Pia Lange* danke ich ebenso wie Herrn *Felix Kazimierski* für die kritische Durchsicht sowie zahlreiche hilfreiche Anregungen. Herr *Kazimierski* hat zudem die Überarbeitung und Aktualisierung der Übersichten und Graphiken übernommen. Darüber hinaus danke ich Herrn *Prof. Dr. Dr. h. c. Werner Heun* sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts für Allgemeine Staatslehre und Politische Wissenschaften der Universität Göttingen.

Göttingen, im April 2014

*Alexander Thiele*

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XIII
Literaturhinweise .....	XVII

## 1. Teil. Überblick über das unionsrechtliche Rechtsschutzsystem

<b>§ 1. Der Rechtsschutzauftrag des EuGH – die Rolle des Gerichtshofs im institutionellen Unionsgefüge</b> .....	1
I. Die institutionelle Stellung des EuGH in der europäischen Rechtsgemeinschaft .....	1
II. Der konkrete Auftrag des EuGH: Der Rechtsbegriff in Art. 19 Abs. 1 EUV .....	6
III. Beschränkungen der Unionsgerichtsbarkeit .....	10
1. Die Rolle des EuGH in der ehemaligen zweiten und dritten Säule der Union .....	10
2. Sonstige Beschränkungen .....	11
<b>§ 2. Der Aufbau der europäischen Gerichtsbarkeit</b> .....	12
I. Allgemeiner Überblick .....	13
II. Wichtige Rechtsgrundlagen .....	14
III. Personelle Besetzung des EuGH und Kammeraufteilung .....	16
1. Der Gerichtshof .....	16
2. Das Gericht .....	23
3. Fachgerichte .....	24
4. Exkurs: Das nationale Auswahlverfahren der einzelnen Richter .....	26
IV. Die Verwaltung des EuGH .....	28
V. Die Sprachenregelung .....	29
VI. Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG .....	30
VII. Die Rolle der mitgliedstaatlichen Gerichte .....	35
1. Nationale Gerichte als „funktionale Unionsgerichte“ .....	35
2. Alleiniges Verwerfungsrecht des EuGH .....	36
3. Exkurs: Das Kooperationsverhältnis der nationalen und europäischen Gerichtsbarkeit .....	37
<b>§ 3. Die Auslegungsmethoden des EuGH</b> .....	41
I. Allgemeine Grundsätze .....	42
1. Wortlautauslegung/Grammatikalische Auslegung .....	42
2. Die historische Auslegung .....	44
3. Die systematische Auslegung .....	45
4. Die teleologische Auslegungsmethode .....	46
a) Allgemeine Grundsätze .....	46
b) Die Effet-utile-Auslegung als besondere Ausprägung der teleologischen Auslegung .....	47
5. (Wertende) Rechtsvergleichung .....	49
6. Die primärrechtskonforme Auslegung des Sekundärrechts .....	49
II. Die Grenzen der Auslegungsbefugnisse und der Rechtsfortbildung .....	50

<b>§ 4. Überblick über die Verfahrensarten, den Verfahrensablauf und die Entscheidungswirkungen</b>	54
I. Die unterschiedlichen Verfahrensarten	54
II. Überblick über den Verfahrensablauf	58
1. Verfahrenseinleitung	59
2. Schriftliches Verfahren	60
3. Mündliches Verfahren	61
4. Urteilsberatung und Verkündung	62
5. Beschleunigte Verfahren	64
III. Entscheidungswirkungen	66

## 2. Teil. Die einzelnen Verfahrensarten

<b>§ 5. Das Vertragsverletzungsverfahren</b>	68
I. Überblick und Funktion	68
II. Zulässigkeit des Vertragsverletzungsverfahrens	70
1. Beteiligtenfähigkeit	71
2. Klagegegenstand und Klagebefugnis	72
3. Vorverfahren	73
a) Das Vorverfahren im Rahmen einer Klage nach Art. 258 AEUV	75
aa) Das Mahnschreiben der Kommission	75
bb) Die begründete Stellungnahme	76
b) Das Vorverfahren im Rahmen einer Klage nach Art. 259 AEUV	79
aa) Antrag des Mitgliedstaats und kontradiktorisches Verfahren	79
bb) Abschließende Stellungnahme der Kommission	80
4. Klagefrist	81
5. Form der Klageerhebung	82
6. Rechtsschutzbedürfnis	82
III. Begründetheit des Vertragsverletzungsverfahrens	84
IV. Die Entscheidung des EuGH	85
1. Feststellungsurteil	85
2. Die Möglichkeit eines weiteren Verfahrens und finanzieller Sanktionen	86
a) Berechnung der Sanktionshöhe und Vorgehensweise der Kommission	88
b) Zur Vollstreckbarkeit der festgesetzten Sanktionen	93

<b>§ 6. Die Nichtigkeitsklage privilegierter Kläger nach Art. 263 Abs. 2 AEUV</b>	97
I. Überblick und Funktion	97
II. Die Zulässigkeit der Klage privilegierter Kläger nach Art. 263 Abs. 2 AEUV	101
1. Beteiligtenfähigkeit	101
a) Aktive Beteiligtenfähigkeit	102
b) Passive Beteiligtenfähigkeit	104
2. Klagegegenstand	105
a) Rechtlich existente Handlung eines Unionsorgans	105
b) Rechtsverbindlichkeit der Handlung nach außen	107

3. Klagebefugnis	108
4. Klagegrund	108
a) Unzuständigkeit	109
b) Verletzung wesentlicher Formvorschriften	110
c) Verletzung der Verträge oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm	111
d) Ermessensmissbrauch	112
e) Verletzung des Subsidiaritätsprinzips (Subsidiaritätsrüge)	112
5. Klagefrist	113
6. Form der Klageerhebung	115
7. Rechtsschutzbedürfnis	115
III. Begründetheit der Nichtigkeitsklage nach Art. 263 Abs. 2 AEUV	116
IV. Die Entscheidung des EuGH	117
<b>§ 7. Die Nichtigkeitsklage minder- und nicht-privilegierter Kläger nach Art. 263 Abs. 3 und 4 AEUV</b>	<b>121</b>
I. Überblick und Funktion	121
II. Zulässigkeit der Klage nach Art. 263 Abs. 3 und 4 AEUV	122
1. Beteiligtenfähigkeit	122
a) Aktive Beteiligtenfähigkeit	122
aa) Klage der EZB, des Rechnungshofes und des AdR nach Abs. 3	123
bb) Klage privater Kläger nach Art. 263 Abs. 4 AEUV	124
b) Passive Beteiligtenfähigkeit	127
2. Klagegegenstand	127
a) Zulässige Klagegegenstände der Klage nach Art. 263 Abs. 3 AEUV	127
b) Zulässige Klagegegenstände privater Kläger nach Art. 263 Abs. 4 AEUV	127
3. Klagebefugnis	129
a) Die Klagebefugnis nach Art. 263 Abs. 3 – EZB, Rechnungshof und AdR	129
b) Die Klagebefugnis nach Art. 263 Abs. 4 AEUV – Private Kläger	130
aa) Adressaten einer Handlung	131
bb) Nichtadressaten (unmittelbare und individuelle Betroffenheit)	131
(1) Betroffenheit	131
(2) Unmittelbare Betroffenheit	132
(3) Individuelle Betroffenheit	136
(a) Die Rechtsprechung des EuGH	137
(b) Die Kritik von GA Jacobs und dem EuG	143
(c) Stellungnahme	145
cc) Rechtsakte mit Ordnungscharakter	147
4. Klagegrund	150
5. Klagefrist	150
6. Form der Klageerhebung	151
7. Rechtsschutzbedürfnis	151
III. Begründetheit der Klagen nach Art. 263 Abs. 3 und 4 AEUV	151
IV. Die Entscheidung des EuGH	152

<b>§ 8. Die Untätigkeitsklage nach Art. 265 AEUV</b>	155
I. Überblick und Funktion	155
II. Die Zulässigkeit der Untätigkeitsklage	156
1. Beteiligtenfähigkeit	156
a) Aktive Beteiligtenfähigkeit	156
b) Passive Beteiligtenfähigkeit	157
2. Klagegegenstand	159
a) Klage der Mitgliedstaaten und der Organe der Union	159
b) Die Klage privater Kläger nach Art. 265 Abs. 3 AEUV	160
3. Klagebefugnis	163
4. Geltendmachung einer Vertragsverletzung	163
5. Vorverfahren	164
a) Die Aufforderung zum Tätigwerden	165
b) Zwei-Monats-Frist	167
c) Fehlen einer Stellungnahme des Organs	167
6. Klagefrist	168
7. Form der Klageerhebung	169
8. Rechtsschutzbedürfnis	169
III. Begründetheit der Untätigkeitsklage	170
IV. Die Entscheidung des EuGH	171
<b>§ 9. Das Vorabentscheidungsverfahren</b>	174
I. Überblick und Funktion	175
II. Zulässigkeit des Vorabentscheidungsverfahrens	179
1. Vorlageberechtigung	179
a) Gerichtsbegriff	179
b) Einzelfälle	181
2. Zulässige Vorlagefrage	183
a) Gegenstand der Vorlagefrage	183
b) Inhalt der Vorlagefrage	187
aa) Auslegungsfrage	187
bb) Gültigkeitsfrage	188
(1) Allgemein	188
(2) Verhältnis zu Art. 263 AEUV	189
3. Entscheidungserheblichkeit der Vorlagefrage	191
4. Vorlagerecht/Vorlagepflicht	193
a) Grundsatz: Freies Vorlagerecht	193
b) Ausnahme: Vorlagepflicht	196
aa) Vorlagepflicht bei Gültigkeitsfragen	197
bb) Vorlagepflicht im vorläufigen Rechtsschutz	197
cc) Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte	199
dd) Entfallen der Vorlagepflicht nach Art. 267 Abs. 3 AEUV	
im Einzelfall	202
ee) Sanktionen bei Verletzung der Vorlagepflicht	205
(1) Sanktionen durch Unionsrecht und Staatshaftung	205
(2) Innerstaatliche Sanktionen und Konsequenzen	207
c) Exkurs: Rechtsmittel gegen Vorlageentscheidungen?	210
5. Formerfordernisse der Vorlagefrage	212

6. Frist	215
III. Entscheidung des EuGH („Begründetheit“)	216
IV. Wirkung der Entscheidung des EuGH	216
1. Auslegungsfragen	217
a) Allgemeine Bindungswirkung	217
b) Pflicht zur Rücknahme bestandskräftiger Verwaltungsentscheidungen	219
c) Zeitliche Wirkungen	221
2. Gültigkeitsfragen	222
<b>§ 10. Die Amtshaftungsklage nach Art. 268 AEUV</b>	<b>226</b>
I. Überblick und Funktion	226
II. Zulässigkeit der Amtshaftungsklage	227
1. Zuständigkeit der europäischen Gerichtsbarkeit	227
2. Parteifähigkeit	229
a) Aktive Parteifähigkeit	229
b) Passive Parteifähigkeit	230
3. Klagebefugnis	231
4. Ordnungsgemäße Klageerhebung	232
5. Frist	233
6. Rechtsschutzbedürfnis	234
a) Subsidiarität zu nationalen Rechtsschutzmöglichkeiten	234
b) Das Verhältnis zur Nichtigkeitsklage nach Art. 263 AEUV	235
III. Begründetheit der Amtshaftungsklage nach Art. 268 AEUV	236
IV. Die Entscheidung des EuGH	236
 <b>3. Teil. Einstweiliger Rechtsschutz und Rechtsmittelverfahren</b>	
<b>§ 11. Einstweiliger Rechtsschutz</b>	<b>239</b>
I. Überblick und Bedeutung in der Rechtsprechungspraxis	239
II. Zulässigkeit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	242
1. Zuständigkeit	242
2. Anhängigkeit des Hauptsacheverfahrens	243
3. Keine offensichtliche Unzulässigkeit der Hauptsache	244
4. Antragsberechtigung	245
5. Antragsgegenstand	245
6. Antragsbefugnis	248
7. Form und Frist	248
8. Rechtsschutzbedürfnis	249
III. Begründetheit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	250
1. Notwendigkeit einer Anordnung	250
2. Dringlichkeit	251
3. Interessenabwägung	254
IV. Die Entscheidung des EuGH	255
<b>§ 12. Rechtsmittelverfahren</b>	<b>259</b>
I. Überblick und Bedeutung	259
II. Zulässigkeit des Rechtsmittels zum EuG bzw. zum Gerichtshof	261
1. Zuständigkeit	261

2. Rechtsmittelgegenstand . . . . .	261
a) Entscheidungen des EuG . . . . .	261
b) Entscheidungen des EuGöD . . . . .	261
3. Rechtsmittelberechtigung . . . . .	261
a) Entscheidungen des EuG . . . . .	261
b) Entscheidungen des EuGöD . . . . .	262
4. Rechtsmittelgründe . . . . .	263
a) Entscheidungen des EuG . . . . .	263
b) Entscheidungen des EuGöD . . . . .	264
5. Form und Frist der Rechtsmitteleinlegung . . . . .	264
6. Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	265
III. Begründetheit des Rechtsmittels . . . . .	265
IV. Die Entscheidung des Rechtsmittelgerichts . . . . .	265
V. Das Rechtsmittel zum EuGH gegen Rechtsmittelentscheidungen des EuG (Überprüfungsverfahren) . . . . .	267
1. Zulässigkeit des Überprüfungsverfahrens . . . . .	267
a) Zuständigkeit . . . . .	267
b) Überprüfungsgegenstände . . . . .	267
c) Überprüfungsberechtigung . . . . .	267
d) Überprüfungsgrund . . . . .	267
e) Überprüfungsfrist . . . . .	268
2. Begründetheit und Entscheidung des EuGH . . . . .	268
<b>4. Teil. Ausblick</b>	
<b>§ 13. Herausforderungen der Europäischen Gerichtsbarkeit</b> . . . . .	272
I. Die Europäische Gerichtsbarkeit als (bisheriges) Erfolgsmodell . . . . .	272
II. Die drei Herausforderungen der Europäischen Gerichtsbarkeit . . . . .	275
Sachverzeichnis . . . . .	279